



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 03.04.2017	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:12 Uhr	
Sitzungsort:	Foyer der Bauverwaltung, Mühlendamm 12, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Burkhard Eymer- CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Dirk Freitag- CDU		
Carl-Wilhelm Howe- grün+alternativ+links (GAL)		
Ulrich Pluschkell- SPD		
Harald Quirder- SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Thomas-Markus Leber- FDP		
Karsten Mihr- BfL		
Dr. Ulrich Brock- CDU		
Ute Friedrichsen- SPD		
Roswitha Kaske- CDU		
Arne-Matz Ramcke- Bü90/DIEGRÜNEN		
Dieter Rosenbohm- BfL		
Uwe Hildebrandt- CDU		Vertretung für: Herrn Christopher Lötsch - nur öffentlicher Teil
Michael Rostkowski- SPD		Vertretung für: Frau Kerstin Metzner
Gregor Voht- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		Vertretung für: Herrn Ragnar Harald Lüttke
Verwaltung		
Senator Franz-Peter Boden- FB 5 - Planen und Bauen		
Dennis Bunk- GMHL		
Matthias Drever- Stadtgrün und Verkehr		
Karsten Schröder- Stadtplanung u. Bauordnung		
Hans-Wolfgang Wiese- Lübeck Port Authority		
Jörg Eckardt- Stadtgrün und Verkehr (5.660)		Bis TOP 4.2.4
Rainer Schellenberger- Gebäudemanagement HL		

(5.651)	
Nils Weiland- Stadtplanung und Bauordnung (5.610)	Nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Thomas Kaacksteen- Fachbereichscontrolling FB 5	
Gäste	
Uwe Mantik- Projektleiter cima	Bis TOP 4.2.2
Klaus-H. Petersen- ppp-Architekten	Bis TOP 4.2.2
Sonstige Personen	
Gerd Maertens- Seniorenbeirat	Nur öffentlicher Teil
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Christopher Lötsch- CDU	Entschuldigt abwesend
Kerstin Metzner- SPD	Entschuldigt abwesend
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Allgemeiner Teil
1.1.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.2.	Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
1.3.	Niederschriften, öffentlich
1.3.1.	Niederschriften, öffentlich vom 06.03.2017
1.3.2.	Niederschriften, öffentlich vom 20.03.2017
2.	Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren
3.	Sonstige Beschlussvorlagen
3.1.	Projektfreigabe zur Umsetzung der Brandschutzsanierungen in der: - Marienschule, Langer Lohberg 6-8 in 23552 Lübeck, - B. Schröder-Schule, Langer Lohberg 24 in 23552 Lübeck - E. Geibel-Schule Hauptgebäude, Glockengießerstr. 33-37 in 23552 Lübeck über 175.000,00 EUR Vorlage: VO/2017/04747
3.2.	Projektfreigabe zur Umsetzung des 2.+3. BA der Energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck, über 175.000,00 EUR Vorlage: VO/2017/04782
3.3.	Projektfreigabe zur Umsetzung eines Ersatzneubaus für die Ganztagsbe- treuung an der Grundschule Grönauer Baum, über 175.000,- EUR Vorlage: VO/2017/04785
3.4.	Projektfreigabe zur Umsetzung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an der Kita Dr. Julius-Leber-Straße und zur Umsetzung der Neubaumaßnah- men der Kita Klipperstraße über 175.000,- EUR Vorlage: VO/2017/04792
4.	Mitteilungen und Berichte
4.1.	Mitteilungen des Vorsitzenden
4.2.	Sonstige Mitteilungen und Berichte
4.2.1.	Mündliche Mitteilung (5.651): Bedeutende Projekte des GMHL in 2017
4.2.2.	Räumliche Neuordnung der Bauverwaltung

	Vorlage: VO/2017/04741
4.2.3.	Förderung der E-Mobilität Vorlage: VO/2016/04454
4.2.4.	Mündlicher Bericht (5.660): Bushaltestellen Kücknitz-Kirchplatz und Korvettenstraße
4.2.5.	Mündliche Mitteilung (5.610): Gründungsviertel: Vorstellung der Ergebnisse Realisierungswettbewerb Einhäuschen Querstraße
4.3.	Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen
4.4.	Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen
4.5.	Eilentscheidungen des Bürgermeisters
5.	Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes
5.1.	Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen
5.2.	Neue Anfragen
5.3.	Anträge
5.3.1.	Parkplätze für Elektro-Kfz Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23. Februar 2017 - Antrag der GAL-Fraktion VO/2017/04650 Vorlage: VO/2017/04720
5.3.2.	Förderung der E-Mobilität Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23. Februar 2017 - Antrag der SPD-Fraktion VO/2017/04668 Vorlage: VO/2017/04722
5.3.3.	Förderung der E-Mobilität Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23. Februar 2017 - Antrag der Fraktion Freie Wähler und Die Linke VO/2017/04685 Vorlage: VO/2017/04723
5.3.4.	Einwohnerversammlung: Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm - über den Hof des Baudezernats Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04006) Vorlage: VO/2016/04326

11.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Allgemeiner Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
--

Der Vorsitzende Herr Dr. Eymer begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Bauausschusses.

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Ferner weist der Vorsitzende darauf hin, dass seitens der Protokollführung Tonaufzeichnungen vorgenommen werden, die nur der Protokollerstellung dienen.

Der Bauausschuss nimmt hiervon Kenntnis.

zu 1.2 Anträge und Beschlussfassung zur Tagesordnung
--

Die Verwaltung bittet um Aufnahme der folgenden Tagesordnungspunkte im Wege der Dringlichkeit:

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|------|--|----------------------|
| 3.1. | Projektfreigabe zur Umsetzung der Brandschutzsanierungen in der: <ul style="list-style-type: none">- Marienschule, Langer Lohberg 6-8, 23552 Lübeck,- B. Schröder-Schule, Langer Lohberg 24 in 23552 Lübeck und- E. Geibel-Schule Hauptgebäude; Glockengießersstraße 33-37 in 23552 Lübeck über 175.000 Euro | VO/2017/04747 |
| 3.2. | Projektfreigabe zur Umsetzung des 2.+3. BA der energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstraße 38, 23556 Lübeck über 175.000 Euro | VO/2017/04782 |
| 3.3. | Projektfreigabe zur Umsetzung eines Ersatzneubaus für die Ganztagsbetreuung an der Grundschule Grönauer | VO/2017/04785 |

Baum 175.000 Euro

- 3.4. Projektfreigabe zur Umsetzung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an der Kita Dr. Julius-Leber-Straße und zur Umsetzung der Neubaumaßnahmen der Kita Klipperstraße über 175.000 Euro **VO/2017/04792**

Nichtöffentlicher Teil:

- 9.1. Projektfreigabe zur Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen und Umrüstung auf LED-Beleuchtung im Berufsschulzentrum Georg-Kerschensteiner-Straße / Hauptgebäude über 175.000 Euro **VO/2017/04731**
- 9.2. Beginn der Ausschreibung von Dienstleistungen über 175.000 Euro **VO/2017/04783**
Unterhaltsreinigung der Gebäudeinnenflächen, Gewerk: Gebäudereinigung
- 9.3. Mietvertragsverlängerung Fischstraße 1-3 **VO/2017/04793**

Die Verwaltung bittet außerdem darum, die Tagesordnungspunkte 3.1 bis 3.4 en bloc zu beraten und abzustimmen.

Der Vorsitzende beantragt den Bericht zur E-Mobilität (4.2.3) und die dazu gehörigen Anträge (5.3.1 bis 5.3.3) zu vertagen. Die Verwaltung solle bis zur Sitzung am 15.05.2017 dazu eine Stellungnahme vorbereiten, so dass in der Sitzung am 19.06.2017 darüber entschieden werden könne. Die Verwaltung stimmt dem zu und bestätigt die Machbarkeit.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung unter Anerkennung der gegebenen Dringlichkeit der Vorlagen, die nicht öffentliche Behandlung der hierfür vorgesehenen TOP sowie die Vertagung der TOP 4.2.3 und 5.3.1 bis 5.3.3. Der Behandlung der TOP 3.1 bis 3.4 en bloc wird nicht widersprochen.

zu 1.3 Niederschriften, öffentlich

zu 1.3.1 Niederschriften, öffentlich vom 06.03.2017

Herr Pluschkell merkt an, dass auf der Seite 8/22 zu TOP 2.1 folgender Satz stehe:
„Herr Pluschkell würde zusätzlich gerne den Entwurf sehen, wofür es bereits heute gemäß B-Plan eine Genehmigung gibt.“

Dies sei seiner Meinung nach nicht ganz richtig, da er vielmehr folgendes gesagt habe:
„Herr Pluschkell fragt, ob die von der Verwaltung beantragte Neuaufstellung des B-Plans vor allem wegen der zwischenzeitlich festgelegten Sichtachsen zur historischen Altstadt erfolgen soll. Er bittet um eine Visualisierung der bisherigen Planung, die auf Basis des derzeit gültigen B-Plans erstellt wurde.“

Frau Friedrichsen merkt an, dass der letzte Satz zu TOP 5.3.10 (Seite 21/22) vor der Abstimmung folgendermaßen heißen müsste:

"Frau Schwetasch erläutert, dass hinsichtlich des Friedhofwegs seit 60 Jahren nichts gemacht wurde und diese Investitionen nun (bei Ablehnung der HL) aus der Rücklage der Gemeinde genommen werden müsste."

*Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom **06.03.2017** unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.*

zu 1.3.2 Niederschriften, öffentlich vom 20.03.2017

Herr Ramcke merkt an, dass seine ergänzenden Mitteilungen unter TOP 5.1 bezüglich der Finanzierung des Zeughauses nicht seiner vorherigen Anfrage zugeordnet seien und bittet dies zu ergänzen.

*Der Bauausschuss beschließt die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom **20.03.2017** unter Maßgabe der vorgenannten Änderungen einstimmig.*

zu 2 Satzungen / Widmungen / Veränderungssperren

zu 3 Sonstige Beschlussvorlagen

- zu 3.1 Projektfreigabe zur Umsetzung der Brandschutzsanierungen in der:**
- Marienschule, Langer Lohberg 6-8 in 23552 Lübeck,
 - B. Schröder-Schule, Langer Lohberg 24 in 23552 Lübeck
 - E. Geibel-Schule Hauptgebäude, Glockengießerstr. 33-37 in 23552 Lübeck

über 175.000,00 EUR
Vorlage: VO/2017/04747

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der jeweiligen Brandschutzsanierungen in der Marienschule, B. Schröder-Schule und E. Geibel-Schule Hauptgebäude, wird begonnen.

zu 3.2 **Projektfreigabe zur Umsetzung des 2.+3. BA der Energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38, 23556 Lübeck, über 175.000,00 EUR**
Vorlage: VO/2017/04782

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung des 2. + 3. BA der energetischen Sanierung im Carl-Jacob-Burckhardt-Gymnasium, Ziegelstr. 38 in 23556 Lübeck wird begonnen.

zu 3.3 **Projektfreigabe zur Umsetzung eines Ersatzneubaus für die Ganztagsbetreuung an der Grundschule Grönauer Baum, über 175.000,- EUR**
Vorlage: VO/2017/04785

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung des Ersatzneubaus an der Grundschule Grönauer Baum wird begonnen.

**zu 3.4 Projektfreigabe zur Umsetzung von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen an der Kita Dr. Julius-Leber-Straße und zur Umsetzung der Neubaumaßnahmen der Kita Klipperstraße über 175.000,- EUR
Vorlage: VO/2017/04792**

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Für die Vorlage: 15 Stimmen

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Umbau- und Sanierungsmaßnahmen am Gebäude der Kita Dr. Julius-Leber-Straße und der Neubaumaßnahmen an der Kita Klipperstraße wird begonnen.

zu 4 Mitteilungen und Berichte

zu 4.1 Mitteilungen des Vorsitzenden

zu 4.2 Sonstige Mitteilungen und Berichte

**zu 4.2.1 Mündliche Mitteilung (5.651):
Bedeutende Projekte des GMHL in 2017**

Herr Bunk erläutert die bedeutenden Projekte des Gebäudemanagement der Hansestadt Lübeck für 2017 anhand einer Präsentation und sagt zu, diese den Bauausschussmitgliedern als Datei zur Verfügung zu stellen.

Zusätzlich erklärt Herr Bunk bezüglich der vom Land in Aussicht gestellten Fördermittel für die Sanierung von Schultoiletten folgendes:

Die Hansestadt Lübeck prüft alle Möglichkeiten zur maximalen Inanspruchnahme der Fördermittel. Eine vollständige Ausschöpfung der für Lübeck in Aussicht gestellten Mittel von rund 916.000 Euro wird rein für Schultoiletten-sanierungen aufgrund der zeitlichen Begrenzung zur

Fertigstellung und Schlussrechnung der Maßnahmen bis Ende 2017 weder personell, noch aufgrund der hierfür erforderlichen Planungs- und Verfahrensabläufe, voraussichtlich nicht möglich sein.

Der Fachbereich 5 wird gemeinsam mit dem Bereich Schule und Sport prüfen, welche Maßnahmen aus Sicht des GMHL unter Berücksichtigung der Förderbestimmungen zur Anmeldung in Betracht kommen könnten. Die Sportstätten und Schwimmbäder werden in die Betrachtung mit einbezogen.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.2 Räumliche Neuordnung der Bauverwaltung Vorlage: VO/2017/04741

Herr Senator Boden und Herr Bunk erläutern die bisher durchgeführten Schritte bei der räumlichen Neuordnung der Bauverwaltung und präsentieren verschiedenste mögliche Varianten einer Neuordnung unter Berücksichtigung der jeweiligen wirtschaftlichen Auswirkungen.

Herr Rosenbohm merkt an, dass das in der Präsentation aufgeführte Gebäude vom Personalrat nicht Hartengrube 28 sondern Hartengrube 23 heißen müsste.

Herr Mihr möchte wissen, wie groß die Nutzfläche bei den Bestandsgebäuden der Bauverwaltung sei und ob man mit der geplanten Größenordnung bei dem Standort auf der mittleren Wallhalbinsel in den nächsten 20 bis 50 Jahren auskomme.

Herr Bunk erläutert, dass bisher noch kein Bürokonzept erstellt worden sei, aber es auch noch die Möglichkeit der baulichen Erweiterung gäbe.

Herr Petersen vom Büro ppp-Architekten ergänzt, dass man von rund 4000 m² Nutzfläche am momentanen Standort spräche, der in gleicher Größe kompensiert werde.

Herr Howe äußert seine Bedenken dahingehend, dass sich mögliche massige Neubauten am momentanen Standort nicht mit der kleinteiligen Bebauung der angrenzenden Gruben verträgen. Außerdem sei es seiner Meinung nach schwierig einen Hotelneubau zu realisieren, wenn nicht nur das Außengebäude, sondern auch das Innere hiervon unter Denkmalschutz stehe.

Herr Senator Boden weist darauf hin, dass es bei einer Neubebauung selbstverständlich auch zu einem Wettbewerb käme und es bei diesem Bericht auch noch nicht um die architektonische Ausprägung gehe, sondern darum, ein Signal aus der Politik zu bekommen, mit den Planungen fortzufahren.

Herr Ramcke möchte wissen, ob die Verlagerung der Kaufkraft durch die Mitarbeiter der Bauverwaltung in die Untersuchungen mit eingeflossen sei.

Herr Senator Boden führt aus, dass dies bei dem in Rede stehenden Standort geprüft worden sei und es aus wirtschaftlicher Sicht keine Bedenken gäbe.

Herr Ramcke möchte weiter wissen, wie der weitere Weg der Planungen nach diesem Bericht nun verlaufen solle.

Herr Senator Boden erklärt, dass man sich am Markt bezüglich möglicher Investoren schon umgehört, und bestätigt bekommen habe, dass man auf dem richtigen Weg sei. Nun solle diese Neuordnung in den Fraktionen diskutiert werden, so dass es eine Empfehlung aus der Politik gäbe und die Verwaltung dann ggf. das weitere Verfahren beginnen könne.

Herr Dr. Brock sieht in einer Neuordnung auch gleichzeitig den großen Effekt einer moderne-

ren und transparenteren Verwaltung. Er möchte wissen, ob bei den Kalkulationen eine mögliche Steigerung der Baukosten mit eingeplant sei und ob die Hansestadt Lübeck sich den momentan günstigen Zins gesichert habe und ob es nicht möglich sei, den Neubau sofort umzusetzen und nach dem Auszug aus dem Bestand, diesen zu veräußern.

Herr Bunk erläutert, dass die Höhe der Baukosten gemäß dem heutigen Stand für alle Varianten gleichermaßen gerechnet worden seien und man eine mögliche Sicherung des Zinssatzes mit dem Bereich Haushalt und Steuerung absprechen müsse.

Herr Senator Boden ergänzt, dass es unseriös wirke, wenn man die 15 Mio. Euro für den Neubau im Haushalt ordnen würde, ohne dass die Veräußerung des Bestandes geklärt bzw. gewollt sei. Seiner Meinung nach müsse beides parallel geplant werden, so dass man dann auch nach außen zeigen könne, wie eine Integration in die Investitionsplanung der Stadt erfolgen solle.

Frau Kaske möchte wissen, ob es schon festgelegte Verwaltungseinheiten aus anderen Fachbereichen gäbe, die sich ggf. in einem Anbau an das neue Gebäude niederlassen könnten.

Herr Senator Boden erläutert, dass es hier noch keine klare Festlegung gäbe.

Herr Mihr möchte wissen, wie viel man an Sanierungskosten für das Bestandsgebäude spare, wenn die Verwaltung bereits in einem ersten Schritt in den zu erstellenden Neubau zöge.

Herr Bunk führt aus, dass es hierzu keine belastbaren Zahlen gäbe. Die Investition in den Brandschutz betrüge schon mehrere Hunderttausend Euro. Je länger man mit der Planung und Realisierung einer Gebäudeplanung warte, desto höher werden die Kosten zur Sicherstellung der Nutzung des Bestandsgebäude.

Frau Friedrichsen bittet darum, die Unterlagen, die nur in digitaler Form den Bauausschussmitgliedern vorlägen und den baupolitischen Sprechern der Fraktionen in Papierform zur Verfügung gestellt worden seien, allen Mitgliedern des Bauausschusses zukommen zu lassen. Dies wird seitens der Verwaltung zugesagt.

Frau Friedrichsen möchte wissen, ob auch geplant sei, diesen Bericht im Wirtschaftsausschuss vorzustellen.

Herr Bunk erklärt, dass es abgesprochen sei, den Hauptausschuss im Mai darüber in Kenntnis zu setzen.

Herr Pluschke erläutert, dass es wichtig sei, zuerst die Kernfrage, in Hinblick auf das in 2016 angeschobene Thema „Zukunft der Altstadt“, zu klären. Eine effektivere und transparentere Verwaltung sehe er aber auch als wichtigen Faktor an.

Herr Voht möchte wissen, welcher Aufwand für die Bebauung der mittleren Wallhalbinsel betrieben werden müsse, ob ein B-Planverfahren vorgeschrieben sei.

Herr Schröder erläutert, dass ein B-Planverfahren erforderlich sei und ergänzt noch einmal, dass es an dieser neuen Standortalternative die gleichwertigen Bezüge zu zentralen Einrichtungen auf die Altstadtinsel gäbe wie bei dem jetzigen Standort.

Herr Dr. Eymer fasst noch einmal zusammen, dass aus den Äußerungen der Mitglieder des Bauausschusses zu entnehmen sei, dass die Verwaltung die Planungen weiter fortführen solle.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Der Bauausschuss vertagt den Bericht einstimmig auf die Sitzungen am 15.05.2017 bzw. 19.06.2017 (siehe TOP 1.2).

**zu 4.2.4 Mündlicher Bericht (5.660):
Bushaltestellen Kücknitz-Kirchplatz und Korvettenstraße**

Herr Eckhardt erläutert das geplante Vorhaben zur Umgestaltung der Bushaltestellen Kücknitz-Kirchplatz und Korvettenstraße zu Fahrbahnrandhaltestellen und beantwortet Fragen aus der Politik.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

**zu 4.2.5 Mündliche Mitteilung (5.610):
Gründungsviertel: Vorstellung der Ergebnisse Realisierungswettbewerb Einhäuschen Querstraße**

Herr Schröder erläutert die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs „Einhäuschen Querstraße“ (Gründungsviertel) und sagt zu, diese den Bauausschussmitgliedern per Mail zuzusenden.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Berichte über Verlauf und Ergebnis von Öffentlichkeitsbeteiligungen

zu 4.4 Mitteilungen zum Beginn von Ausschreibungen

Herr Drever teilt den Beginn folgender Ausschreibungen (Versendung des LV) mit:

Deckenerneuerung K20, Travemünder Landstraße
Deckenerneuerung Mönkhofer Weg
Deckenerneuerung / Umbau Lindenplatz, Hansestraße

zu 4.5 Eilentscheidungen des Bürgermeisters

zu 5 Anfragen, Anregungen, Anträge und Verschiedenes

zu 5.1 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

**5.1.1 Auswirkungen der Aufhebung der Wiederbesetzungssperre im FB5 (Herr Ramcke) – 5.060
(TOP 5.2.1 am 16.01.2017)**

Der Fachbereich 5 wird aufgefordert, zur kommenden Bauausschusssitzung eine Übersicht vorzustellen, aus dem der aktuelle Personalstand mit den Konsequenzen nach Aufhebung der Wiederbesetzungssperre hervorgeht.

1. Anzahl der aktuell offenen Stellen mit Bezug zur Organisationsstruktur (Hierarchie und Abteilung)
2. Anzahl der im Laufe der kommenden 18 Monaten altersbedingt nachzubesetzenden Stellen mit Bezug zur Organisationsstruktur (Hierarchie und Abteilung)
3. Zeitplan und Strategie zur Wiederbesetzung der offenen Stellen

Zwischenantwort am 16.01.2017:

Es wird eine Beantwortung der Anfrage zu einer der nächsten Sitzungen zugesagt.

Zwischenantwort am 06.03.2017:

Aufgrund der Tatsache, dass die für die zusammenfassende Beantwortung dieser komplexen Anfrage zuständige Kollegin aus dem Fachbereichscontrolling zum 28.02.2017 in den Ruhestand gegangen ist und vorab noch Resturlaub abgegolten hat, wird sich der neue Kollege mit der zusammenfassenden Beantwortung zu einem der nächsten Bauausschusssitzung befassen.

Abschließende Antwort am 03.04.2017:

Die Fragestellung zielt auf die Auswirkungen der aufgehobenen 9-monatigen-Wiederbesetzungssperre ab. Im Fachbereich Planen und Bauen handelt es sich überwiegend um gewerbliche Stellen, die vorwiegend extern ausgeschrieben werden. Die erforderliche Vorlaufzeit im Wiederbesetzungsverfahren, nimmt regelmäßig einige Monate in Anspruch. In der Vergangenheit wurde dieses Verfahren während der Wiederbesetzungssperre durchgeführt, sodass die aktuelle Aufhebung nicht in allen Fällen

zu einer früheren Wiederbesetzung führt.

In 2017 werden im Fachbereich insgesamt acht Stellen altersbedingt nachzubeseetzen sein. In der ersten Jahreshälfte 2018 werden weitere fünf Stellen altersbedingt frei. Eine dieser Stellen wird im Rahmen des Konsolidierungsfonds eingespart. Bezüglich der restlichen Stellen ist grundsätzlich eine direkte Wiederbesetzung vorgesehen. Im Reinigungsdienst erfolgt eine rotierende Wiederbesetzung.

Weitere Nachfragen am 03.04.2017:

Herr Ramcke möchte weiterhin wissen, wie es bei den Nachbesetzungen der Leitungsstellen (Herr Schünemann und Frau Lorenzen) aussehe.

Herr Senator Boden erläutert ihm das Verfahren und Herr Schröder stellt Herrn Weiland als Nachfolger von Herrn Schünemann vor.

Herr Ramcke möchte auch wissen, ob die Nachfolge von Herrn Schnabel bezüglich der Metropolregion Hamburg geklärt sei.

Herr Schröder erläutert, dass hierfür Ende April 2017 die Vorstellungsgespräche vorgesehen seien.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.2 Neue Anfragen

5.2.1 Eckhaus Kleine Burgstraße / Hinter der Burg – Adresse: Hinter der Burg 15 (Frau Friedrichsen) – 5.610

Dieses Gebäude wird nun schon seit bummelig mehr als 10 Jahren "saniert". Meine Fragen dazu:

- 1) Hat der Bauantrag noch Gültigkeit?
- 2) An der von Dachziegeln freigelegten Dachkante regnet es teilweise (Sturmschaden) rein.
 - a) Wie verhält sich inzwischen der Denkmalschutz dazu?
 - b) Hat die (Possehl)-stiftung Gelder für die Sanierung dazu gegeben und hat sie Kenntnis von den Zuständen?
- 3) Hat in der Zwischenzeit ein Eigentümerwechsel stattgefunden (die Spekulationsfrist ist ja wohl abgelaufen) - oder steht ein Wechsel bevor?
- 4) Es hängt am Gebäude ein Schild: Achtung Gefahr! Dacharbeiten bis 2028. Ist das realistisch?
- 5) Langjährig ist das Objekt eingerüstet. Scheinbar steht / stand das Gerüst auf öffentlichem Grund. Wurde in den vielen Jahren für die Sondernutzung vom Eigentümer an die Stadt gezahlt? - Wie viel?
- 6) Ist es weiter hinnehmbar, dass an dieser exponierten Stelle in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hansemuseum diese "Ruine" steht?
- 7) Was kann von behördlicher Stelle unternommen werden?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfragen zu einer der nächsten Sitzungen geben.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.2 Kleine Burgstraße 33 (Frau Friedrichsen) – 5.610

Das Objekt Kleine Burgstraße scheint zunehmend zu verfallen. Es befindet sich gegenüber der Ernestinenschule und kann als "Haus der Freude" bezeichnet werden, bevorzugt besucht von Herren, die die wechselnde Damenbesetzung "begutachten". Die Fassade des Gebäudes ist bröckelig. Meine Fragen dazu:

1. Ist für Passanten eine ausreichende Sicherheit gegeben, drohen keine weiteren Fassadenteile auf den Gehweg zu stürzen?
2. Handelt es sich um ein genehmigtes Freudenhaus (Angebote der Damen finden sich im Internet oder sie bewerben sich über Anzeigen im "Markt"?)
3. Wieviel Abstand (gebietet der Anstand) zu einer Schule ist behördlich vorgesehen?

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfragen zu einer der nächsten Sitzungen geben.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.3 Tempobegrenzung von 60 km/h auf der K20 (Herr Dr. Brock) – 5.660 / LBV-SH

Herr Dr. Brock spricht die aus seiner Sicht nicht nachvollziehbare Tempobegrenzung auf 60 km/h auf der K20 zwischen Kücknitz und Travemünde an. Seiner Meinung nach könne dort mit PKW schneller gefahren werden. Er bittet um eine Mitteilung, warum man hier dieses Tempolimit aufgestellt habe.

Zwischenantwort:

Es wird zugesagt, nach Rücksprache mit der zuständigen Landesbehörde, eine Beantwortung innerhalb der nächsten Sitzungen zu geben.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.4 Umgestaltung Kreuzung Hüntertorallee / Moltkestraße / Rehderbrücke (Herr Rostkowski)

Herr Rostkowski möchte wissen, ob es eine Verschiebung der geplanten Ausbaumaßnahme an der Kreuzung Hüntertorallee / Moltkestraße / Rehderbrücke gäbe oder ob diese Maßnahme ganz gestrichen wäre.

Abschließende Antwort:

Herr Weiland erläutert, dass diese Maßnahme wie geplant im Sommer 2017 durchgeführt werden soll.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.5 Fischtreppe (Herr Rostkowski)

Herr Rostkowski möchte wissen, wie der Stand der Planungen mit der Fischtreppe sei.

Abschließende Antwort:

Herr Wiese führt aus, dass man sich momentan beim Genehmigungsverfahren befinde.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.6 Umgestaltung Kreuzung Kronsfordner Allee / Berliner Straße / B207n (Herr Rostkowski) – 5.660 / 5.610

Herr Rostkowski möchte wissen, wie der Stand bezüglich der Umgestaltung des Kreuzungsbereiches Kronsfordner Allee / Berliner Straße / B207n sei.

Zwischenantwort:

Es wird eine Beantwortung der Anfragen zu einer der nächsten Sitzungen geben.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

5.2.7 Kommunalspur (Herr Howe)

Herr Howe merkt an, dass er in der Sitzung des Werkausschusses der EBL gehört habe, dass die EBL nicht Schuld daran seien, dass die Kommunalspur nicht als Testphase eingerichtet werde.

Abschließende Antwort:

Herr Weiland erläutert, dass die EBL ihr Verfahren bezüglich der Baumaßnahmen geändert haben und dadurch die Testphase nicht umgesetzt werden könne.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 5.3 Anträge

zu 5.3.1 Parkplätze für Elektro-Kfz Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23. Februar 2017 - Antrag der GAL-Fraktion VO/2017/04650 Vorlage: VO/2017/04720

**Antrag der GAL-Fraktion – Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23.02.2017 (VO/2017/04650):
Parkplätze für Elektro-Kfz**

wie in den folgenden Punkten des Berichts Förderung der E-Mobilität beschrieben:

- 2.3 Einrichtung von zwei kostenfreien Parkplätzen auf dem MuK-Parkplatz mit Lademöglichkeit,
- 2.4 Einrichtung von 2% der Parkplätze für Elektro-Kfz reservierte Parkplätze bei Neubauten und
- 2.5 alle bewirtschafteten Parkplätze der KWL kostenfrei für Elektro-Kfz zur Verfügung Stellen

werden nicht kostenfrei gemacht.

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig auf die Sitzungen am 15.05.2017 bzw. 19.06.2017 (siehe TOP 1.2).

**zu 5.3.2 Förderung der E-Mobilität
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23. Februar 2017 - Antrag der SPD-Fraktion
VO/2017/04668
Vorlage: VO/2017/04722**

**Antrag der SPD-Fraktion – Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23.02.2017 (VO/2017/04668):
Förderung der E-Mobilität**

Der Bericht über die Förderung der E-Mobilität in der VO/2016/04454 wird zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird gebeten, auf Grundlage dieses Berichts dafür zu sorgen, dass

1. auf allen öffentlichen Parkplätzen, auf denen ein Tagesticket gelöst werden kann, das Parken für Elektro-Kfz unentgeltlich zugelassen wird. Die Stadtverordnung über Parkgebühren soll spätestens im Mai 2017 entsprechend geändert werden.
2. für die Zufahrten zum Hochschulstadtteil baldmöglichst eine Befreiung von Zufahrtsbeschränkungen für reine Elektro-Kfz erfolgt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Lübecker Bürgerschaft über die VO/2016/04454 hinaus umgehend und umfassend über weitere konkrete Möglichkeiten zur Förderung der Elektromobilität im Bereich der Hansestadt Lübeck durch die Stadtverwaltung, städtische Eigenbetriebe und Unternehmen mit städtischer Beteiligung zu berichten. Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. entgeltfreies Parken auf allen öffentlichen Parkplätzen (eventuell mit Parkscheibe zeitlich begrenzt)
2. weitere E-Parkplätze in besonders attraktiver Lage in Abstimmung mit der KWL und anderen Parkhausbetreibern
3. zusätzliche E-Parkplätze in Kooperation mit Stattauto und anderen carsharing-Unternehmen
4. entgeltfreie Beförderung von E-Mobilen mit der Priwallfähre
5. Förderung von E-Taxi durch einen besonderen E-Taxi-Tarif
6. Förderung von E-Taxi durch besonders attraktive E-Taxistände
7. E-Dienstfahrzeuge für Mitarbeiter der Hansestadt Lübeck und ihrer Gesellschaften, sofern technisch sinnvoll.
8. besonderer Stromtarif der Stadtwerke Lübeck für E-Mobil-Hausanschlüsse

9. weitere Ladesäulen im Lübecker Stadtgebiet, sowohl öffentlich als auch in Zusammenarbeit mit Lübecker Unternehmen (für MitarbeiterInnen und KundInnen)
10. Beschaffung und Einsatz von E-Bussen beim Stadtverkehr Lübeck und der LVG im Jahr 2017 und in den Folgejahren
11. Festsetzung von E-Parkplätzen und Ladesäulen in Bebauungsplänen
12. Errichtung weiterer Bike-&-Ride-Anlagen an Bahnhaltepunkten und Bahnhöfen mit Ladeeinrichtungen für Pedelacs und E-Bikes.
13. rechtliche Erfordernisse für eine Gebührenbefreiung bei der Zulassung von E-Mobilen
14. rechtliche Erfordernisse für ein entgeltfreies Anwohnerparkrecht für E-Mobile (gebührenfreier Antrag auf Anwohnerparkberechtigung) in der Lübecker Altstadt

Der Bürgermeister wird beauftragt, die von der Lübecker Bürgerschaft beschlossenen Maßnahmen zur Reduzierung von Abgasen und Lärm durch Förderung der E-Mobilität regelmäßig hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Förderung der E-Mobilität und die wirtschaftlichen Folgen für die Hansestadt Lübeck und deren Eigenbetriebe.

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig auf die Sitzungen am 15.05.2017 bzw. 19.06.2017 (siehe TOP 1.2).

**zu 5.3.3 Förderung der E-Mobilität
Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23. Februar 2017 - Antrag der Fraktion
Freie Wähler und Die Linke
VO/2017/04685
Vorlage: VO/2017/04723**

**Antrag der Fraktion Freie Wähler und Die Linke – Überweisung aus der Bürgerschaft vom 23.02.2017 (VO/2017/04685):
Förderung der E-Mobilität**

Der Bürgermeister wird beauftragt, der Lübecker Bürgerschaft über die VO/2016/04454 hinaus umgehend und umfassend über weitere konkrete Möglichkeiten zur Förderung der Elektromobilität im Bereich der Hansestadt Lübeck durch die Stadtverwaltung, städtische Eigenbetriebe und Unternehmen mit städtischer Beteiligung zu berichten. Dabei soll insbesondere auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. Lichtmasten als Ladestation:

Die Industrie bietet inzwischen Lösungen an, Lichtmasten durch Umbau ohne aufwändige Verkabelungsarbeiten in Ladestationen für Elektroautos umzuwandeln. In der Innenstadt wo große Teile der Bebauung aus der Vorautozeit stammen, also ohne Garagen errichtet wurden, sind viele Bürgerinnen und Bürger auf öffentliche Lademöglichkeiten angewiesen. Diese können – anders als Eigenheimbesitzer mit Garage oder privater Einfahrt – ohne Ladestationen im öffentlichen Raum ihre automobilen Mobilität nicht auf erneuerbare Energie umstellen.

- Kennt die Stadtverwaltung diese Lösungen der Nutzung von Straßenlaternen?
- Wie beurteilt die Stadtverwaltung Technik und Kosten?
- Und ggf. welche Konzepte wurden dazu bisher angedacht, überdacht oder entwickelt?

2. Förderprogramme für Ladestationen:

- Welche Möglichkeiten zur Teilnahme an Förderprogramm der Bundesregierung und der Europäischen Union zur Schaffung von Elektromobilität-Ladestationen bestehen für die Hansestadt Lübeck?
- Welche notwendigen Schritte sind zur Teilnahme zu unternehmen?

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig auf die Sitzungen am 15.05.2017 bzw. 19.06.2017 (siehe TOP 1.2).

zu 5.3.4 Einwohnerversammlung: Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm - über den Hof des Baudezernats
Überweisung aus der Bürgerschaft - Antrag aus der Einwohnerversammlung vom 05.07.2016 - Sitzung der Bürgerschaft vom 29. September 2016 (VO/2016/04006)
Vorlage: VO/2016/04326

Antrag aus der Einwohnerversammlung (05.07.2016) – Überweisung aus der Bürgerschaft vom 29.09.2016 (VO/2016/04006):
Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm – über den Hof des Baudezernats

Beantragt wird die Verbindung zwischen den Straßen An der Obertrave und Mühlendamm – über den Hof des Baudezernats.

Herr Dr. Eymer beantragt die Vertagung des Antrages bis Klarheit darüber bestehe, wie es mit der unter TOP 4.2.2 diskutierten Neuordnung der Bauverwaltung weiter gehe.

Herr Rosenbohm möchte wissen, ob die Grundstücke am Mühlendamm bis zur Wallstraße alle in städtischer Hand seien.

Herr Senator Boden erläutert, dass die mit Ausnahme des letzten Grundstücks der Fall sei.

Der Bauausschuss vertagt den Antrag einstimmig, gemäß dem Antrag von Herrn Dr. Eymer.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung – nach Beendigung des öffentlichen Teils - zur Herstellung der Nichtöffentlichkeit (18:27 Uhr).

zu 11 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nicht öffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe und beendet die Bauausschusssitzung um 19:12 Uhr.

Lübeck, den 17. Mai 2017

Vorsitzende/r

Thomas Kaacksteen
Protokollführung